ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion der AfD

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses (4. Ausschuss)
- Drucksache 8/803 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 8/600 -

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023)

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 8/598 -

Mittelfristige Finanzplanung 2021 bis 2026 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung

hier: Einzelplan 03
Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin – Staatskanzlei –

Der Landtag möge beschließen:

Im Einzelplan 03 fällt Kapitel 0303 mit den Titeln	Geschäftsbereich der Ministerpräsidentin – Staatskanzlei – Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern und das östliche Mecklenburg 119.10, 119.99, 129.99(neu), 271.08(neu), 421.02, 422.01, 427.01, 428.01, 443.01, 511.01, 511.07, 514.07, 517.01, 525.01, 527.01, 529.20, 531.02, 532.99(neu), 534.02(neu), 534.04, 535.05, 546.97, 546.99, 812.01, 981.99, 633.01, 683.03, 684.06, 686.05, 883.02, 892.01, 893.01
--	--

ab dem Haushaltsjahr 2022 weg.

Die Erläuterungen werden gestrichen.

Die Deckung der Minderausgaben erfolgt wie folgt:

Im

Einzelplan 11	Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1111	Sonstige allgemeine Einnahmen und Ausgaben
Titel 359.01	Entnahme aus der Ausgleichsrücklage

wird der Haushaltsansatz für das Jahr 2022 von 463 365,6 TEUR um 4 210,6 TEUR auf 459 155,0 TEUR und für das Jahr 2023 von 218 875,0 TEUR um 4 220,9 TEUR auf 214 654,1 TEUR gesenkt.

In der Titelerläuterung zu 1111-359.01 wird der Ansatz in der Zeile „Haushaltsausgleich“ in 2022 und 2023 sowie in der Zeile „Summe“ entsprechend gesenkt.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Laut Angaben der Landesregierung sollen mit den Mitteln des Fonds für Vorpommern und das östliche Mecklenburg die dortige wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung, der gesellschaftliche Zusammenhalt und die regionale Identität zusätzlich gefördert werden. Insbesondere sollen solche Maßnahmen gefördert werden, für die aus bestehenden Förderprogrammen erforderliche Fördermittel nicht, nicht in der erforderlichen Höhe oder nur unter Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Fonds für Vorpommern und das östliche Mecklenburg (z. B. zur Finanzierung von Eigenanteilen) eingeworben werden können.

Es ist Aufgabe der Landesregierung, durch eine angemessene rechtliche Ausgestaltung und finanzielle Ausstattung der bestehenden Förderprogramme den Bedarfen zur Erreichung der o. g. Ziele Rechnung zu tragen. Es ist ineffizient, Mängel der bestehenden Förderprogramme durch ein zusätzliches, kleinteiliges Förderprogramm wie den Vorpommern-Fonds beheben zu wollen. Beim Vorpommern-Fonds betragen die Personalausgaben und sächlichen Verwaltungsausgaben (2021: 660 TEUR) ca. 19 % des Fördervolumens (2021: 3 500 TEUR), beim Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern liegt das Verhältnis von allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (2019 als letztem Vor-Corona Jahr: 21,2 Mio. EUR) zu bewilligten Fördermitteln (2019: 479,490 Mio. EUR) bei ca. 4 %.